

Doch nun bei den Regionalwahlen zeigte sich, dass die Wählerinnen und Wähler in Bayern des Dunkelschwarzen nie und da schon ein bisschen überdrüssig sind. Natürlich folgen Kommunalwahlen eigenen Gesetzen, oft sind dabei Persönlichkeiten wichtiger als Parteien.

Dennoch dürfte bei vielen in der Wahlzelle doch die Sorge vor absoluter CSU-Dominanz eine Rolle gespielt haben, und so fand vielerorts am Sonntag Emanzipation statt.

Seehofer selbst hat auch sein Scherflein dazu beigetragen. Präsentierte er sich noch vor den Landtags- und Bundestagswahlen im Herbst 2013 als volksverbundener „Kümmerer“, so irritierte er in den vergangenen Wochen vor allem bei der Energiewende mit seiner Sprunghaftigkeit und stellte Beschlossenes wieder infrage. Doch die Zeiten, in denen man so etwas als CSU in Bayern ungestraft machen konnte, sind mittlerweile auch vorbei.

SELBSTANZEIGEN

Ein Herz für Steuersünder

Andreas Schnauder

Die SPÖ will härter gegen Steuersünder vorgehen und unter anderem die Bedingungen für Selbstanzeigen verschärfen. Eine hehre Absicht. In diesem Fall kann man die Roten nicht einmal dafür kritisieren, dass sie erst auf gute Ideen kommen, nachdem der Koalitionspakt geschlossen ist: Das Vorhaben wurde nachweislich in die Verhandlungen eingebracht, scheiterte aber am schwarzen Widerstand, namentlich an Michael Spindelegger.

Der VP-Chef will auch jetzt nichts von einer Korrektur wissen und verweist auf die hohen Summen, die dank Selbstanzeigen ins Budget fließen. Dabei wird freilich außer Acht gelassen, dass die gestiegenen Nachversteuerungen Folge der Abkommen mit der Schweiz und Liechtenstein sind. Dieser Zusammenhang macht den Schutz der Steuerhinterzieher erst so richtig unappetitlich: Die Abgabenflüchtlinge werden erst mit günstigen Vereinbarungen mit den beiden Nachbarländern verwöhnt, die in der Regel noch attraktivere Selbstanzeigen wird dann als Zeichen eines funktionierenden Systems gepriesen. Der kleine Einzelunternehmer, der wegen einer Unachtsamkeit mit den Finanzstrafbehörden in Kontakt gerät, kann das nur als himmelschreiende Ungerechtigkeit empfinden.

Auch internationale Vergleiche zeigen, dass Österreich ein besonders großes Herz für Steuersünder hat. Das Land wäre gute beraten, hier längst notwendige Korrekturen rasch vorzunehmen.

Medienbloggerinnen und Blogger können. Sie tun das mit unterschiedlich ausgeprägtem Talent, aber immer aus der Überzeugung heraus, dass die EU wichtig und oft auch richtig ist. Selbst den rechten Recken aus der Freiheitlichen Partei, die es in die europäische Fremde verschlagen hat, ist nicht entgangen, dass der Union eine gewisse Relevanz nicht abzusprechen ist. Dass das in Österreich nicht alle so sehen, sorgt für eine etwas verschämte Zurückhaltung in der Zurschaustellung europäischer Herzlichkeit.

Die Zaghaftheit, mit der die Kommunikation über europäische Themen betrieben wird, fußt auf Gegenseitigkeit: Die EU ist in der Darstellung kein Bringer, weder für diejenigen, die mit einer Botschaft zurück in die Heimat kommen, noch für die zu Hause gebliebenen Politiker, die sich gelegentlich an der Komplexität europäischer Belange versuchen. Auch für die Medien ist das nicht einfach: Sie merken rasch, wie das Interesse der geneigten Kundschaft versickert, wenn sich Europa in die Themenfindung verirrt. Die Korrespondentinnen und Korrespondenten in Brüssel gelten als Rufer in der Wüste, oft ungehört, aber immer angetrieben vom Eifer der europäischen Bedeutsamkeit.

Der anhebende Wahlkampf böte Gelegenheit, das europäische Verständnis zu vertiefen und eine neue Zuneigung zu denen in Brüssel, Straßburg und drum herum zu entwickeln. Das sind ja nicht bloß Beamte und Verwalter im Kleinen, Zahler und Empfänger im Großen, das sind Mitbürger einer europäischen Union, die in vielem noch ausbaufähig ist, im Tun und im Wollen, im Haben und im Mögen. Da gibt es mächtig Potenzial. Die Parteien in Österreich gehen durchaus sehr differenziert an dieses Potenzial heran.

Die Neos lieben Europa aus vollem Herzen, das klingt chillig, folgt aber einem blauäugigen Prinzip. Die Freiheitlichen sind generell dagegen,

nicht genau weiß, wofür sie stehen und wo sie hinwollen. Sie sind in Wochen sind bis zur Wahl noch Zeit.

KOPF DES TAGES

Sie kämpft für Mandanten und für Sauberkeit



Staranwältin Bettina Knötzl ist Präsidentin von Transparency. F.: WT

Ein prägendes Erlebnis in ihrem Leben, erzählt Bettina Knötzl, hatte sie mit 15 im Dom von St. Pölten. Damals erkämpfte sich die junge Niederösterreicherin, dass sie als erstes Mädchen Lektorin werden durfte, die Lesungen und Fürbitten vorträgt. Ihren Plan, neben Jus auch Theologie zu studieren, gab sie dann später auf, weil sie sich immer mehr für Wirtschaft interessierte. Aber viel von dem, was die inzwischen 47-jährige Anwältin heute bewegt, machte sich schon damals bemerkbar: Unerschrockenheit, Einsatz für Gleichberechtigung und ein Sinn für Gemeinschaft.

Heute ist Knötzl die einzige Equity-Partnerin in Österreichs größter Anwaltskanzlei Wolf Theiss und leitet deren Streitbeilegungsbereich. Sie ist eine gefürchtete Parteienvertreterin in großen Wirtschaftsstreitfällen; aber sie ist auch Mediatorin, die Konflikte beizulegen versucht. Und ihre Abscheu für krumme Geschäfte und Freunderlwirtschaft hat sie zu Transparency International (TI) geführt, jener NGO, die den weltweiten Kampf gegen Korruption auf ihre Fahnen geheftet hat. Seit 2011 sitzt Knötzl im Beirat des österreichischen Chapter von TI, und nun ist sie Franz Fiedler als Präsident gefolgt – eine Position, die öffentliches Auftreten und

moralische Autorität miteinander verbindet.

Ethische Prinzipien und lukrative Mandate unter einen Hut zu bringen ist nicht immer einfach, aber Knötzl sagt, sie habe bisher alle Interessenkonflikte vermeiden können. Sie vertrat die Salzburger Sparkasse im WEB-Skandal gegen geschädigte Anleger, mit denen sie einen Vergleich erzielte; die Brau Union gegen die Maser-Gruppe, die Käufer der Meinel European Land (MEL) gegen die Meinel Bank und derzeit die Bawag gegen die Stadt Linz im Millionentstreit um die Swap-Affäre. Sie setzt sich herzhaft für Mandanten ein, „aber es wird nur selten bis aufs Blut gestritten“, sagt

Knötzl. Und gerade bei der Deeskalation seien Anwältinnen talentierter als männliche Kollegen. Als im vorigen Jahrzehnt auch in Österreich der Kampf gegen Korruption immer wichtiger wurde, wandte sich die Mutter eines 19-jährigen Sohnes dem Thema Compliance zu – auch aus Überzeugung, dass Sauberkeit der Wirtschaft und den Unternehmen selbst nützt.

Nach ihrem Jusstudium in Wien arbeitete Knötzl zwei Jahre lang an der Universität und dann für die Bank Austria, bevor sie 1993 zu Wolf Theiss stieß. Und wenn der Job ihr doch noch etwas Zeit lässt, dann betreibt sie Sport und geht auf Reisen. Eric Frey

DER STANDARD

Impressum und Offenlegung: Herausgeber: Oscar Bronner, Dr. Alexandra Förderl-Schmid; Geschäftsführung: Mag. Wolfgang Bergmann; Verlagsleitung: Thomas Letz; Chefredaktion: Dr. Alexandra Förderl-Schmid, Stelvertretung: Mag. Rainer Schüller, Eigentümerin (100 %) / Medieninhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., A-1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße 13; Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort: Mediaprint Zeitungsdruckerei Ges.m.b.H. & Co. KG, 1232 Wien, Richard-Strauss-Straße 16; Telefon: (01) 531 70, Fax-DW: Redaktion: 131, Anzeigen: 249, Abo: 330; E-Mail-Adressen: vorname.zuname@derStandard.at, info@derStandard.at, leserbrieft@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeigen@derStandard.at; Internet: http://derStandarddigital.at; Abo-Preise Inland (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: € 385,- (235,-), monatlich: € 34,50 (21,50), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: € 77,- (49,-); Abo-Service: 0810/20 30 40 (Ortsstarif); Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz; © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien, DVR 554219; Reichweite: MA 2012/2013: 5,3 %, 382.000 Leser; ÖAK-geprüfte Auflage; Offenlegung gem. § 25 MedienG und ausführliches Impressum siehe: http://derStandarddigital.at/Impressum. Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.